

Ralf Wagner

Und immer wieder grüßen die Retter – oder warum sich Regierungen in der Krise einfach nicht zurückhalten wollen

(Manuskript, Berlin 29. Mai 2009, ergänzt (grau) am 20.6. 2009)

1889 schickte Mark Twain einen Yankee¹ aus dem ausgehenden neunzehnten Jahrhundert an den Hof des König Artus – 1300 Jahre in die Vergangenheit. Als er zusammen mit dem König gehängt werden sollte und sich plötzlich die Sonne verdunkelte, schöpfte er Hoffnung. Das über Generationen gesammelte Wissen gab ihm die Sicherheit. Es handelte sich um eine Sonnenfinsternis – und die geht auch wieder vorbei. Ganz sicher. Er nutze seinen Vorteil, stellte sich als Herr über die Gestirne dar und versprach die Rückkehr des Lichts – wenn seine Bedingungen erfüllt werden würden.

Heute sollten solche Tricks nicht mehr funktionieren. Doch im Moment scheint der „Yankee-Effekt“ sogar zum Massenphänomen zu werden.

Wer heute um die Fünfzig ist, hat mindestens vier Krisen selber miterlebt und wer ein, zwei oder gar mehr Semester in einer wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin studiert hat, sollte bemerkt haben, dass Krisen immer wiederkehren, seit es die moderne Industriegesellschaft, genannt Kapitalismus, gibt. Sie entstehen wie ein Stau auf der Autobahn und enden auch so. Die Vorhersagen sind meist unscharf, wenn nicht gar falsch, doch im Nachhinein ist eigentlich allen klar ist, dass es so kommen musste. Krisen sind notwendig, sie korrigieren Fehlentwicklungen der Märkte ebenso wie die der staatlichen Interventionen und stellen alles auf den Prüfstand. Dieser Prozess ist notwendig aber auch sehr schmerzlich. Insolvenzen, Strukturwandel und vor allem durch die langwierigen Anpassungen auf dem Arbeitsmarkt lassen die Rufe nach Rettern „Dagegen muss man doch da was machen können!“ zumindest verstehen. Die Wahrheit jedoch wäre: „Da müssen wir durch!“.

Nun sind wir wieder in einer Rezession und noch dazu in der der ersten globalen. Eigentlich sollten wir wissen, dass sie anstand. Doch die kollektive und medial verstärkte Verweigerung dieser Erkenntnis ist ebenso erstaunlich wie umfassend. Kein Wunder, dass damit für die neuen „Yankees“ die Bühne geschaffen wurde. Und wie einst prophezeien sie das Ende der Krise – natürlich auch wiederum nur, wenn man ihren Vorschlägen folgt. Doch die sind so wenig neu sind wie die Diagnose selbst. Dabei greifen die Retter gern auf den großen Gleichgewichtskritiker John Maynard Keynes (1883-1946) zurück. Frankreichs konservative Tagesszeitung Le Figaro erklärte ihn sogar zum „heute lebendigsten Ökonomen des 21. Jahrhunderts“².

Mit seinen legendären Rundfunkaufrufen an die britischen Hausfrauen, die Läden zu stürmen und damit die Weltwirtschaftskrise zu beenden, beflügelte Keynes noch die heute die Phantasien der Politiker mit milliardenschweren Nachfrageschüben den Weg aus der Krise ebnen zu können. Die Hausfrauen seiner Majestät Georg V. hatten es seinerzeit allerdings bekanntlich nicht geschafft.

Konsumgutscheine und Abwrackprämien werden dies heute wohl auch nicht leisten und gottlob wachsen hierzulande die Zweifel, ob die Nachfrage nach Autos, LCD-Fernsehgeräten oder „grünen“ Kühlschränken den um mehr als ein Viertel weggebrochenen Export von Werkzeugmaschinen, Ausrüstungen und Edelmöbeln sinnvoll ersetzen kann. So simpel diese Vergleiche sind, sie treffen den Nerv der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik. Kann staatliche oder staatliche angeregte Nachfrage den Ausfall anderer Nachfragebestandteile überhaupt sinnvoll kompensieren oder zementiert sie nur alte Strukturen?

Schon in den beiden verheerendsten Wirtschaftskrisen des zwanzigsten Jahrhunderts, der Großen Depression und der Ölkrise, glaubten Regierungen an ihre Omnipotenz und versuchten mit dem, was ihnen zur Verfügung stand – Geldemission und Krediten – die Krisen zu bändigen. Geblieben sind

¹ Mark Twain: Ein Yankee aus Connecticut an König Artus' Hof

² nach Der Tagesspiegel vom 4.1. 2009

neben viel Eigenlob der Retter – schließlich ging die Krise ja irgendwann ohnehin vorüber – gigantische Schulden, flächendeckende Fehlallokationen und Inflation.³ In Wahrheit haben diese Interventionen den Strukturwandel ausgebremst, die Krise verlängert und nach Einschätzung mancher Ökonomen sogar verschärft. Die Rechnung wurde mit durchsichtig kaschiertem Egoismus „Wir haben das alles ja nur für euch getan“ an die künftigen Generationen weitergereicht.

Trotzdem brechen derzeit wieder politischer Ehrgeiz und schlicht gestrickte Hoffnung, getrieben von nostalgischen Gewerkschaften und jammernden Unternehmenslenkern, weltweit alle Dämme für immer schwindelerregendere Konjunkturprogramme. Selbst die Finanzierung über die Geldemission ist kein Tabu mehr. Keynes droht damit abermals das Schicksal eines bedeutenden Untoten unter den großen Ökonomen und er wird diesmal vielleicht sogar mit den dadurch verursachten Folgen Karl Marx den Rang ablaufen.

Natürlich ist er nicht unschuldig daran. Die Schnittmengen seiner Theorie mit den Interessen der Politiker sind einfach zu groß. Sein Ruf nach dem Staat zur Stabilisierung der Konjunktur ist für sie zu verlockend, um ihn zu überhören. Sein Verweis darauf, dass die zusätzliche Nachfrage auch sinnfrei sein kann, Hauptsache, sie erfolgt, kommt der mitunter geringen ökonomischen Bildung der politischen Klasse ebenfalls sehr entgegen. Und schließlich misstrauen beide abgrundtief genau diejenigen, deren Geld sie benötigen – denen, die auch in der Krise fleißig arbeiten und Steuern zahlen. Diese mögen zwar wissen, wie man die das Geld verdient, die Kompetenz für das Ausgeben aber wird ihnen abgesprochen und einem vermeintlich allwissenden Staat übertragen.⁴

Daher kommen Steuer- und Abgabensenkungen für diese Art von Politik auch überhaupt nicht infrage. Zum einen, weil die so entlasteten das Geld ohnehin nur „falsch“ ausgeben oder gar sparen würden. Und zum anderen hat der Staat ja immer und gerade jetzt wieder neue Schulden auftürmen „müssen“, die auf Generationen hinaus das Budget mit Zinsen und Tilgung belasten und damit eine immer höhere Steuerbelastung nach sich ziehen. Damit verursacht der Staat aber selbst genau die Nachfrageausfälle, welche er zu später zu kompensieren vorgeben wird.

Wer nach der Krise aber besser dastehen will als vorher, sollte bei den Wunden, welche die Rezession sichtbar macht, zunächst nach den Ursachen fragen. Wenn die Regierung beispielsweise heute mit der Abwrackprämie den Absatz von Autos ankurbeln will, so muss man sie daran erinnern, dass sie selbst vor noch gar nicht allzu langer Zeit mit der Abschaffung der Pendlerpauschale und immer neuen Belastungen für das Autofahren nicht ganz unschuldig an diesem Dilemma war. Damals wollte man das Klima retten, heute die Konjunktur.

So variabel die „Retter“ bei der Auswahl ihrer Ziele sind, so einfallsreich sind sie bei der Begründung immer neuer Schulden. So sollen es diesmal Schulden für die Bildung sein. Mit „Bildung Arbeit schaffen“. Das klingt gut, ist es aber nicht, denn damit wird die heutige Schülergeneration ihre Ausbildung mit der Schuldentilgung in der Zukunft auch noch selber bezahlen müssen. Zudem erfolgt die Tilgung und Zinszahlung an die Generation der dann Alten, welche sich mit diesem Trick heute vor allem mehr Beschäftigung verspricht. Wenn sich der Staat also heute das Geld bei seinen Bürgern leiht, bilden diese dadurch gleichzeitig Vermögen und kassieren in der Zukunft Zinsen für diesen Deal. Da das natürlich nur einen Teil der Generation betrifft, hat jede Schuldenexpansion auch immer zu einer größeren Ungleichverteilung der Vermögen geführt ...

Sollte ein Staat, der heute über sechzig Prozent des Volkseinkommens umverteilt⁵, nicht in der Lage sein, essentiellen Aufgaben wie die der Bildung aus diesen Einnahmen zu finanzieren? Dass Umschichtungen schwer sind, mag auch daran liegen, dass heute schon allein im Budget des Bundes mehr als fünfzehn Prozent allein für Zins und Tilgung für die Schulen vergangener „Rettungsaktionen“

³ [Ulrich von Suntum: New Deal? Überschätzt! In Cicero 4/2009](#)

⁴ vergleiche [Frank Thewes: Lieber weniger Steuern als mehr Maschinenpistolen, in Focus online vom 22.5. 09](#)

⁵ Anteil der Staatsausgaben am Nettonationaleinkommen (Volkseinkommen)

gebunden sind.⁶ Tendenz steigend, enorm steigend. Allein die nach gegenwärtigem Kenntnisstand für 2010 vorgesehene neue Kreditaufnahme des Bundes wird die öffentlichen Schulden pro Kopf der Bevölkerung um eintausend Euro ansteigen lassen.⁷

Und als ob es noch nie eine Beschreibung von Crowding Out-Effekten⁸, also der Verdrängung privater Kredit- und infolge Investitionsgüternachfrage durch staatliche Kreditnahme als typischer Nebenwirkung Keynesianischer Politik gegeben hätte, schwadronieren Politiker unverdrossen darüber, dass sie die gute Bonität des Staates nutzen, um Kredite zu bekommen und sie dann an die „bedrohten“ Mittelständlern weiterzureichen. Das ist mindestens doppelter Unfug. Zum einen entziehen sie damit dem Kapitalmarkt riesige Summen, welche die Zinsen für mittelfristige Kredite wieder auf die Zeit vor der Finanzmarktkrise treiben und eine Kreditvergabe der Banken an (riskantere) Mittelständler erschweren, wenn nicht gar verhindern. Zum anderen ist das nichts anderes als der Einstieg in die Planwirtschaft, wenn staatliche Institutionen die Kreditvergabe nach eigenen Kriterien lenken wollen. Ganz nebenbei verschaffen sie damit den Banken eine „Rettungsschirm“ der besonderen Art, in dem sie deren Gläubigerposition gegenüber dem Staat ausbauen und ihnen unerwartet gute Bilanzen verschaffen.

Bedauerlich, dass ihnen ausgerechnet Ökonomen dabei assistieren, insbesondere sogenannte US-Starökonom. Nouriel Roubini, der Dauer-Warner, moniert im Focus „Deutschland macht zu wenig Schulden“⁹ und Nobelpreisträger Paul Krugman tadelt in seinem New York Times-Blog „The Economic Consequences of Herrn Steinbrück“¹⁰ die Kritik des deutschen Finanzministers am Verschuldungswettlauf der Industrieländer. Beide, Roubini wie Krugman, vertrauen dabei auf das schlechte Gedächtnis ihrer Leser, denn mit ihren Forderungen, mit billigem Geld die Folgen des Platzens der Dotcom-Blase zu Beginn des Jahrzehnts zu bekämpfen, haben sie ganz wesentlich zu den Krisen der Gegenwart beigetragen – und schlagen nun den gleichen Irrweg vor: the same procedure as every time ...¹¹

Und wie einst Helmut Schmidt, dem nach eigenem Bekunden „ganz schwindelig“ geworden sei bei den immer neuen Kreditaufnahmen, welche ihm sein Staatssekretär Albrecht Müller präsentierte, bekennt jetzt auch Präsident Barack Obama, dass er bei dem Gedanken an die US-Staatsverschuldung oft nicht mehr schlafen kann¹² - ein ganz natürlicher Reflex. Und wenn er dabei an seine Kinder denkt, sollte er sich schleunigst von seinen Beratern trennen.

Zukunftsfähige Lösungen sehen anders aus und sie entstehen anders. Sie akzeptieren die Folgen der Krise und vertrauen auf die Kreativität derer, welche sie durchleiden müssen. Nur so kann tragfähig Neues entstehen anstatt eine Aneinanderreihung von Dauersubventionsfällen (Kohle, Landwirtschaft, Transrapid ...). Bleibt die enorme Belastung durch Jobverluste und Wandel in der Beschäftigung. Hier ist in der Tat der Staat gefragt. Genau genommen ist das seine einzige Herausforderung in Krise.

Da es grundsätzlich jeden treffen kann, muss es eine Sicherung für alle geben, welche anfangs so großzügig ausfällt, dass sie die Angst vor der Arbeitslosigkeit mindert. Gleichzeitig muss sie aber mit der Dauer der Zahlung abgeschmolzen werden, um den Anreiz zur Arbeit und Umstellung zu erhöhen. Ein Blick nach Dänemark oder Schweden zeigt, dass diese Systeme nicht neu erfunden werden müssen. Mit der Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I für Ältere haben wir in Deutschland jedoch genau die umgekehrte Richtung eingeschlagen. Zusätzlich verhindert der hierzulande mental tief verankerte Glaube an den Kündigungsschutz ein zeitweiliges Auffangen der Arbeitslosen im öffentlichen Dienst.

⁶ [vergleiche Schuldendienst Bundeshaushalt 2008, Bundesministerium der Finanzen](#)

⁷ [Handelsblatt online vom 20.6.09](#)

⁸ [vergleiche Wikipedia: Crowding Out](#)

⁹ [Roubini: Deutschland macht zu wenig Schulden, Focus online vom 16.6.09](#)

¹⁰ nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.3. 2009

¹¹ [vergleiche Wikipedia: Dinner for One](#)

¹² [nach Focus online vom 18.6.09](#)

Arbeitsplätze zu retten gehört daher bei uns zum festen Repertoire der Konjunkturretter - insbesondere, wenn es sich um große Unternehmen handelt und Wahlen bevorstehen. Eine gut organisierte Arbeiteraristokratie von Holzmann bis Opel weiß das zu nutzen, um dreist ihre Sonderinteressen unter dem Mantel der Solidarität durchzusetzen.

Es sei besser Opel mit Milliarden zu retten, als nach einer Insolvenz Arbeitslosigkeit zu finanzieren, meint der eloquente Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Franz.¹³ Ganz davon abgesehen, dass Insolvenz auch Neuanfang und nicht Entlassung bedeuten kann (zumal wenn Opel wirklich so wettbewerbsfähig ist wie Franz meint), wäre seine Einlassung ein Argument für die sofortige Vollverbeamtung der Bundesrepublik. Nur um andere geht es ihm nicht, nicht um die bereits entlassenen Zeitarbeiter und auch nicht um diejenigen, welche die Opel-Subventionen bezahlen müssen.

Auch hier richten die Retter mehr Schaden an als nutzen können. Und die Krise ist noch nicht zu Ende...

¹³ [vergleiche Wolfgang Franz im Interview mit der ARD-Tagesschau am 7.3.09](#)